

# EWN

Entsorgungswerk für  
Nuklearanlagen



## Pressespiegel

13.08.2021

# Inhalt

## EWN

1   <b>Kampf um jeden Meter</b> <i>junge Welt, 13.08.2021</i> .....	3
2   <b>UN-Organisation bricht Lanze für die Kernenergie</b> <i>Energie &amp; Management powernews, 12.08.2021</i> .....	5
3   <b>Experten: Taakener Salzstock ungeeignet</b> <i>Bremer Nachrichten - Wümme-Zeitung, 13.08.2021</i> .....	6

## ENERGIEVERSORGUNG

# Kampf um jeden Meter

## Arbeiten an Gaspipeline Nord Stream 2 auf der Zielgeraden. USA ernennen »Aufpasser« zur Kontrolle der Leitung

Die Arbeiten an der Gaspipeline *Nord Stream 2* zwischen Russland und Deutschland stehen vor dem Abschluss. Der russische Botschafter in der BRD, Sergej Netschajew, sagte der Moskauer Zeitung *Iswestija* am Montag, die Fertigstellung auch der zweiten Röhre sei »eine Frage von Wochen«. Die russische Agentur Eadaily hatte am Dienstag unter Berufung auf die Betreibergesellschaft gemeldet, mit der Vollendung könne in den letzten August- oder ersten Septembertagen gerechnet werden.

Aktuell seien noch etwa 20 Kilometer des zweiten Leitungsstrangs zu verlegen, 14 Kilometer in dänischen und sieben in deutschen Gewässern. Parallel zu den letzten Bauarbeiten wird die Leitung von einem russischen Spezialschiff für Unterwasseruntersuchungen auf Dichtigkeit geprüft – offenbar eine Vorarbeit für ihre Zertifizierung von russischer Seite, nachdem westeuropäische Zertifizierungsfirmen sich unter dem Druck US-amerikanischer Sanktionen aus der Abnahme der Leitung zurückgezogen hatten. Die erste Röhre von *Nord Stream 2* ist schon seit längerer Zeit durchgehend verlegt. Beide Leitungen zusammen werden eine Kapazität von 55 Milliarden Kubikmetern Erdgas pro Jahr haben. Perspektivisch sollen sie nach russischen Angaben auch für den Transport beigemischten Wasserstoffs von Russland nach Deutschland genutzt werden.

Botschafter Netschajew ging auch auf die Einigung zwischen den USA und Deutschland über die Fortsetzung des Transits von russischem Gas durch die Ukraine ein. Russland sei keine Partei dieses Abkommens, welches auch kein Vertrag sei, sondern nur eine nicht bindende Absichtserklärung. Andererseits habe Gasprom schon vor längerer Zeit deutlich gemacht, dass es bereit sei, die durch die Ukraine gepumpten Gas mengen sogar zu erhöhen, wenn Kiew bei seinen Gebührenforderungen nachgebe. Was das Schicksal der

Pipeline nach der bevorstehenden Bundestagswahl angeht, so äußerte er die Hoffnung, dass letztlich der *wirtschaftliche* Pragmatismus über eine »verwaschene politische Konzeption« wie die »europäischen Energiesolidarität« obsiegen werde.

Unterdessen meldete die Börsenzeitung am Dienstag, dass US-Präsident Joseph Biden den Diplomaten Amos Hochstein zum »Sonderbeauftragten für Energiesicherheit« ernannt habe. Hochsteins Aufgabe sei zu verhindern, dass Russland die Pipeline *Nord Stream 2* zum geopolitischen Druckmittel mache, und der Ukraine sowie anderen US-Verbündeten in Osteuropa »zu einer sichereren und nachhaltigeren Energiezukunft zu verhelfen«, so US-Außenminister Antony Blinken. Hochstein hatte sich bereits in der Obama-Regierung um das Thema der Beschneidung des russischen Einflusses in der Energieversorgung Osteuropas gekümmert und gilt als »Falke« gegenüber Moskau. Die Börsenzeitung nannte ihn einen »Aufpasser« gegenüber der Bundesregierung.

Es stellt sich allerdings die Frage, welche praktischen Einwirkungsmöglichkeiten Hochstein haben wird, wenn die Ostseepipeline einmal in Betrieb ist. Die Leitung ist nach deutschem und EU-Recht genehmigt, die entscheidenden Ventile befinden sich auf russischem bzw. deutschem Boden. Solange die USA nicht den Anlandepunkt in Lubmin bei *Greifswald* militärisch besetzen, werden sie eine eventuelle Schließung der Pipeline kaum erzwingen können. Am Umbau der Ukraine vom Transitland russischen Erdgases zur Produktionsstätte von Wasserstoff für eine künftige Energiewende in Deutschland hat die Bundesregierung ein Eigeninteresse und wird es auch künftig haben. Daher liegt die Vermutung nahe, dass die Ernennung Hochsteins eher eine Geste von Biden gegenüber dem Kongress ist. Dieser ist parteiübergreifend kritisch gegenüber der Einigung zur Pipeline zwischen

Biden und Merkel vom Juli eingestellt und drängt den US-Präsidenten, entgegen seiner Zusage doch Sanktionen zu verhängen. Um dies zu erreichen, blockiert der Senat etliche von Biden geplante Nominierungen für wichtige diplomatische Posten. Möglicherwei-

se versucht der US-Präsident, mit dieser Schaffung eines im Grunde überflüssigen Postens in den für ihn wichtigen anderen Nominierungsfragen die Kuh vom Eis zu bekommen.

## UN-Organisation bricht Lanze für die Kernenergie

*Die Economic Commission for Europe der Vereinten Nationen (UNECE) sieht Kernenergie als unverzichtbar an, um die globalen Klimaziele zu erreichen.*

In einem neuen Technology Brief Nuclear Power geben die Autoren der UNECE – eine von fünf UN-Unterorganisationen für die wirtschaftliche Entwicklung in einer Weltregion – einen Überblick über vergangene und mögliche künftige Klimaauswirkungen der Kernenergie.

So seien in den vergangenen 50 Jahren rund 74 Mrd. Tonnen an CO<sub>2</sub> durch die Kernenergie eingespart worden – das entspreche etwa den Treibhausgasemissionen des gesamten Energiesektors in zwei Jahren. In diesem Kontext müsse Atomenergie als Teil eines breiten Portfolios CO<sub>2</sub>-armer oder -freier Technologien betrachtet werden, die zwingend nötig sind, um die Erderwärmung zu begrenzen.

Ein Middle-of-the-Road-Szenario des Weltklimarats, das die bisherige Entwicklung fortschreibt, sieht aus

diesem Grund eine Versechsfachung der nuklearen Erzeugungskapazitäten bis zum Jahr 2050. Die Technologie würde dann für ein Viertel der weltweiten Stromerzeugung verantwortlich sein.

In der UNECE-Region, die 56 Staaten in Europa, Nordamerika und Asien umfasst, sind laut dem Technology Brief aktuell 292 Atomreaktoren in Betrieb, mehr als 70 weniger als noch 2000. In den meisten Fällen seien diese zumindest teilweise durch fossile Erzeugungskapazitäten ersetzt worden, was einen Rückschritt für die Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels darstelle.

Der Technology Brief Nuclear Power kann von der Internetseite der UNECE heruntergeladen werden unter: <https://bit.ly/3m77JOi>

## Bremer Nachrichten

📰 Bremer Nachrichten - Wümme-Zeitung | 13.08.2021 | S. 4

📄 Auflage: 1.028 | Reichweite: 1.706

👤 Johannes Heeg

### SCHLECHTE NOTEN FÜR SALZSTOCK

## Experten: Taakener Salzstock ungeeignet

### Rotenburger Landrat Hermann Luttmann teilt der Bundesgesellschaft für Endlagerung seine Bedenken mit

Landkreis Rotenburg. Der Untergrund des Landkreises Rotenburg scheint nicht besonders geeignet zu sein als Standort für ein *Atom*müll-Endlager. Dies geht aus einem Gutachten hervor, das das Öko-Institut Darmstadt im Auftrag des Landkreises erarbeitet hat. Die Anregung dazu war von der Bürgerinitiative „Kein Endlager im Landkreis Rotenburg“ gekommen, deren Sprecher Rolf Wedemeyer dieses Fazit zieht: „Die Geologen sagen, dass Salzstöcke generell nicht für *Atom*-Endlager geeignet sind.“ Das Gutachten enthalte „neue Erkenntnisse zu den einzelnen Teilgebieten im Landkreis“, die ihn „zuversichtlich stimmen, dass sie letztlich zum Ausschluss unserer Gebiete führen müssen“, so der Taakener, der hinzufügt: „Hoffentlich.“

#### Mindestanforderungen nicht erfüllt

Landrat Hermann Luttmann und seine Fachleute haben das Gutachten intensiv studiert und auf dessen Grundlage sogleich eine Stellungnahme verfasst, die an die Bundesgesellschaft für Endlagerung mbH (*BGE*) in Peine gegangen ist. Unter anderem schreibt Luttmann, dass bei den vom Bund ausgeguckten Gebieten die Mindestanforderungen bei der Tiefe der Salzstöcke nicht erfüllt werden. 300 Meter unter der Erde sei die generelle Anforderung, doch liege der Salzstock Brümmerhof nur 145 Meter unter der Oberfläche, beim Taakener Salzstock seien es nur 236 Meter.

Zudem weist Luttmann darauf hin, dass die im Landkreis Rotenburg aufgetretenen Erdbeben auf Druckabsenkungen beziehungsweise Spannungsänderungen im Gebirge aufgrund früherer bergbaulicher Aktivität zurückzuführen sind - gemeint ist die Erdgasförderung. Seismische Ereignisse, die durch menschliche Aktivitäten verursacht werden, hätten im Standortauswahlverfahren jedoch bislang keine Berücksichtigung gefunden. „Der Sicherheit eines *Atom*müll-Endlagers

stehen sie meines Erachtens entgegen“, so Luttmann.

#### Unterschiedliche Methoden

In seiner Stellungnahme wird Luttmann über weite Strecken sehr technisch. Bei der Anwendung der geowissenschaftlichen Abwägungskriterien seien pauschale Bewertungen anhand von Referenzdatensätzen vorgenommen worden, identisch für alle Gebiete mit dem Wirtsgestein Steinsalz. Lediglich drei der elf geowissenschaftlichen Abwägungskriterien seien hingegen individuell bewertet worden. Hierbei falle auf, dass bei der Zusammenführung der Bewertung einzelner Indikatoren zu einer Gesamtbewertung unterschiedliche Methoden gewählt wurden.

So würden die Kriterien „Konfiguration der Gesteinskörper“ und „Schutz des einschlusswirksamen Gebirgsbereichs durch das Deckgebirge“ nach der schlechtesten Beurteilung eines Indikators bewertet, während für die „räumliche Charakterisierbarkeit“ ein anderes Vorgehen gewählt worden sei. Obwohl hier der Indikator „Ausmaß der tektonischen Überprägung der geologischen Einheit“ als „bedingt günstig“ bewertet wurde, erfolge die Gesamtbewertung als „günstig“. Luttmann folgert daraus, dass die Sache „nach der schlechtesten Einstufung eines der Indikatoren beurteilt werden“ sollte. Alle Teilgebiete mit Steinsalz in steiler Lagerung müssten als „bedingt günstig“ gekennzeichnet werden.

„Ich bin auf die Reaktion der Bundesgesellschaft für Endlagerung gespannt“, so BI-Sprecher Rolf Wedemeyer. Er bedauert, dass nun die Phase der Bürgerbeteiligung erst einmal beendet sei. Das weitere Verfahren sei gesetzlich so geregelt, „dass wir in den kommenden drei oder vier Jahren keine Möglichkeit haben, der *BGE* auf die Finger zu gucken“. Die Bürgerinitiative werde trotzdem wachsam bleiben.